

ROTER MORGEN

12.08.2006

39. Jahrgang

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands

kostenlos

Die KPD zur Situation in Berlin und zu den Wahlen

Am 17. September finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Dieses wählt die Landesregierung (Berliner Senat). Gleichzeitig werden auch die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gewählt.

Während des Wahlkampfes werden die bisherigen Regierungsparteien SPD und PDS versuchen, die jetzige Situation in Berlin schön zu reden, während die so genannten Oppositionsparteien CDU, Grüne und FDP die Schuld an der Misere SPD und PDS zuschieben. Alle zusammen werden sie mit hohlen Versprechungen auftreten und sich mit den Segnungen, die sie der Bevölkerung angedeihen lassen wollen, übertrumpfen.

Grund genug für die KPD, die Lage in Berlin aus der Perspektive der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, der Jugend, der Rentner zu betrachten. Auch in Berlin zeigen sich, wie überall in Deutschland, die Folgen der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Vom ständig von den Kapitalisten betriebenen Arbeitsplatzabbau ist die Arbeiterklasse betroffen. In den letzten 10 Jahren wurden 60.000 Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet (z. Z. gibt es noch 97.000). Ganze Werke wurden bzw. werden geschlossen oder verlagert, in letzter Zeit Samsung, JVC, CNH. Diejenigen ArbeiterInnen, die noch Arbeit haben, werden oft genug von den Kapitalisten erpresst, länger und ohne Lohnausgleich oder ohne tarifliche Löhne zu arbeiten. Angeblich könne nur so der „Standort“ erhalten bleiben. Es geht aber dem Kapital einzig und allein um die Profite, genauer gesagt um die Profitraten. (Übrigens stieg der Umsatz der Berliner Industrie im 1. Quartal 06 um 6,4% auf 7,57 Mrd. Euro)

Im Baubereich wurden innerhalb eines Jahres erneut 5000 Stellen abgebaut. Auch im öffentlichen Dienst, wo die SPD/PDS Landesregierung verantwortlich ist, wurden seit 2002 15.000 Arbeitsplätze gestrichen. Für die übrigen 100.000 ArbeiterInnen und Angestellten wurde die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich reduziert, was 8-10% Lohnkürzung bedeutet. Das gleiche trifft für die Beschäftigten der BVG zu. Ebenfalls wurden in anderen Bereichen wie Erziehung und Wissenschaft, Dienstleistungen usw. Arbeitsplätze vernichtet.

Einen Boom dagegen erfahren, dank der Hartz-Gesetze, die sogenannten Mini-Job und andere prekäre Arbeitsverhältnisse. Nach DGB-

Angaben haben 60% der Beschäftigten in Berlin einen solchen Job.

Indes beträgt die offizielle Quote der Arbeitslosigkeit ca. 20%, wobei sie bei Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so hoch ist. Real bedeutet das weit über 300.000 Arbeitslose.

Davon sind fast 80% Langzeitarbeitslose, also ALG-II-Empfänger. Mittlerweile 35.000 Arbeitslose werden gezwungen, ohne Lohn, bezahlten Urlaub usw. zu arbeiten. Es sind die so genannten Ein-Euro-Jobber, die unter anderem in Schulen, Kitas, Altenheimen, Bibliotheken eingesetzt werden und in diesen Bereichen fest Beschäftigte ersetzen.

335.000 Haushalte sind von dem Verarmungsgesetz „Hartz-IV“ betroffen. In diesen leben über 166.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Nachdem die Kinder und Jugendlichen das selektive Schulsystem mit Haupt-, Realschule, Gymnasium durchlaufen haben, sieht die Perspektive so aus: Kinder reicher Eltern können studieren, für Kinder armer Eltern bleibt nur „Hartz-IV“.

Jedes Jahr bleiben bis zu 5000 Jugendliche bei der Suche nach einer Lehrstelle auf der Strecke. Aktuell (Ende Juni) gab es für 23.400 Bewerber ein Angebot von nur 4.800 Ausbildungsplätzen. Tausende werden wieder in Warteschleifen bestehend aus Arbeitslosigkeit, Ein-Euro-Jobs und anderen Maßnahmen landen. Aber auch die Etats der Universitäten wurden seit 2003/04 um 75 Millionen Euro gekürzt, während der



SPD/PDS Senat für eine Elite-Universität das Gebäude kostenlos zur Verfügung stellt! Für die StudentInnen droht jetzt auch in Berlin die Einführung von Studiengebühren. Die RentnerInnen und Rentner in Berlin sind von den so genannten Renten-Nullrunden, die von der Bundesregierung beschlossen wurden und die eine reale Rentenkürzung bedeuten, betroffen.

Um die Kürzungen in den jeweiligen Haushalten, die der Berliner Senat durchdrückte, zu rechtfertigen, behauptet man gebetsmühlenartig, es müsse „gespart“ werden. Gewiss, der Schuldenberg des Landes Berlin ist mittlerweile auf 62 Milliarden Euro angewachsen. 2,75 Milliarden Euro sind z.Z. im Jahr an Zinsen fällig. Aber von „Sparhaushalt“ kann keine Rede sein, denn es herrscht ein reges Nehmen und Geben. Genommen werden die Gelder zu Lasten der arbeitenden Menschen um diese vor allem den Banken und dem Kapital in den Rachen zu schieben. Eben deshalb müssen die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt werden, müssen ganze städtische Wohnungsbaugesellschaften (Bsp: GSW mit 65.700 Wohnungen) privatisiert werden, muss die Privatisierung in anderen Bereichen vorangetrieben werden. Eben deshalb werden die Kita-Gebühren erhöht, die Lehrmittelfreiheit abgeschafft, wurde das Sozial-

ticket verteuert usw. Ebenfalls wurden bisher fast 3 Milliarden Euro, als Folgen des Skandals um die Bankengesellschaft Berlin, den arbeitenden Steuerzahlern aufgeholt. Hinzu kommt, daß die gesetzlichen Steuergeschenke welche die Bundesregierung Anfang 2000 dem Kapital gewährte dem Land Berlin jährlich 800 Millionen Euro entzogen!

Aus Angst vor dem Widerstand und den Kämpfen der Bevölkerung wurde auch unter dem SPD/PDS Senat die Bespitzelung insbesondere der aktiven Menschen fortgesetzt. Wie jüngst bekannt wurde, wurde z.B. das Berliner Sozialforum vom Verfassungsschutz gezielt ausgeforscht. Die Polizei trat im Auftrag des Senats etliche Male bei Demonstrationen und Kundgebungen in Erscheinung, um die TeilnehmerInnen mit Gewalt zu provozieren und einzuschüchtern. Gleichfalls wurden von der Polizei Faschisten-Aufmärsche geschützt. Immer noch existiert in Berlin-Köpenick die Bundeszentrale und das „Bildungszentrum“ der neofaschistischen NPD.

Auch in Berlin gab es in den letzten Jahren eine Reihe von Kämpfen. Hervorzuheben sind dabei die Studentenstreiks 2003/04, die großen Montagsdemonstrationen gegen Hartz-IV-Gesetze ab Mitte 2004. Die Demonstration der AntifaschistInnen vom 8. Mai 2005, durch die der Aufmarsch der NPD in Berlin verhindert wurde. Die Kämpfe der ArbeiterInnen von BSH, Samsung, JVC sowie der Streik beim Baumaschinenwerk CNH, der über 100 Tage andauerte und der längste Streik in Berlin nach 1945 war.

Aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus, der sich verschärfenden allgemeinen Krise, ist es unbedingt notwendig, dass sich die Arbeiterklasse, die arbeitenden Menschen, einzig und allein an ihren Interessen orientieren. Eben deshalb tritt die KPD unter anderem für folgende Forderungen ein:

- **Für die 30 StundenWoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- **Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro netto!**

- **Weg mit den Hartz-Gesetzen!**
- **Keine Zwangsumzüge!**
- **Weg mit den Ein-Euro-Jobs!**
- **Umwandlung dieser „Jobs“ in reguläre Arbeitsverhältnisse!**

- **Kostenlose Erziehung und Bildung von der Kita bis zur Hochschule!**
- **Qualifizierte Lehrstellen durch gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung ohne Freikaufmöglichkeit! Unbefristete Übernahme nach der Lehre!**

- **Weg mit den Rentenkürzungsgesetzen! Keine Heraufsetzung des Rentenalters!**

■ **Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum!**

■ **Sofortiger Stopp der Zinszahlungen an die Banken!**

■ **Das Kapital soll seine Krise selber zahlen!**

■ **Drastische Senkung der Preise für ein Sozialticket!**

■ **Allen Wohnungslosen müssen kostenlos Wohnungen zur Verfügung gestellt werden!**

■ **Gleiche Rechte für alle Menschen, die in Berlin leben!**

■ **Verteidigung und Erweiterung unserer demokratischen Rechte! Weg mit dem Verfassungsschutz!**

■ **Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen und deren Propaganda!**

■ **Erweiterung des Gesetzes über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, das ebenfalls am 17. September zur Abstimmung steht, auf alle Haushalts- (Finanz-) Fragen!**

Alle diese Forderungen und auch einzelne Schritte in diese Richtung hin können nur durch den entschlossenen Kampf auf der Straße und in den Betrieben erreicht werden. Trotzdem können wir durch unseren Kampf innerhalb des Kapitalismus immer nur das Schlimmste verhindern. Die einzige mögliche Alternativ liegt im revolutionären Sturz des Kapitalismus, im Aufbau eines Sozialismus, welcher diesen Namen verdient. Ein Gesellschaftssystem, in dem die Arbeiterklasse das Sagen hat und nicht wie in der Sowjetunion unter Chruschtschow und Breschnew und in der DDR unter Ulbricht und Honecker, wo eine Handvoll entarteter Funktionäre alle Macht hatte.

Die KPD hat nicht die Illusion, die Arbeiterklasse könne ihr grundlegenden Interessen über die Mehrheit im Parlament durchsetzen. Es ist aber möglich, dass Parteien bzw. Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, von der Parlamentstribüne aus, die Interessen und Standpunkte der arbeitenden Menschen vertreten und diese in ihrem Kampf unterstützen.

■ **Wie sieht es diesbezüglich bei den Parteien und Kandidaten, die zur Wahl antreten aus?**

Die derzeitigen Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne sind Parteien des Kapitals. Die SPD (für die ist das ja nicht neu) und Linkspartei.PDS haben als Regierungsparteien in Berlin gezeigt, daß sie es verstehen die Interessen des Kapitals zu vertreten und unter anderem die im Auftrag des Kapitals von der Bundesregierung erlassenen Gesetze durchzusetzen. Da mag die Linkspartei.PDS auf Bundesebene und auch jetzt vor der Wahl in Berlin noch so viel gegen Sozialabbau, Demokratieabbau usw. schwadronieren. Hier in Berlin (und in Mecklenburg-Vorpommern) zeigt diese Partei, was davon zu halten ist. Frau Pau (Linkspartei.PDS) beschrieb

das so: „Wir haben in Berlin bewiesen, dass wir den Kapitalismus verwalten können – und zwar besser als andere.“ Dies kann aber nicht die Aufgabe einer linken Partei sein!

Neben vielen kleinen Parteien wäre da noch die WASG, die in Opposition zum Regierungskurs der Linkspartei.PDS antritt. Deren KandidatInnen vertreten vielfach fortschrittliche Positionen z.B. für 10 Euro Mindestlohn, 30-Stunden-Woche, gegen Privatisierungen. Das ganze wird aber so dargestellt, als ob diese Forderungen über die Mehrheit in den Parlamenten, die erst einmal erreicht werden muss, durchgesetzt werden kann. Der außerparlamentarische Kampf wird an die zweite Stelle gesetzt. Die WASG behauptet ebenfalls, daß, wenn solche Forderungen erreicht wären, die „soziale Gerechtigkeit“ da wäre. So schürt sie sozialdemokratische Illusionen und der Kapitalismus kommt bei ihr nur am Rande vor. Als KPD können wir solche Auffassungen nicht teilen. Es ist aber Tatsache, daß auf den Listen der WASG viele Menschen kandidieren, die in Betrieb und Gewerkschaft, im Bereich Antifaschismus usw. aktiv sind. Es kann deshalb nicht von Nachteil sein, wenn diese als Abgeordnete im Abgeordnetenhaus oder der BVV die Probleme und Interessen der arbeitenden Menschen überhaupt erst einmal zur Sprache bringen. Deshalb halten wir die Wahl von solchen KandidatInnen für möglich.

Eins ist aber klar: Welche Partei die Wahlen auch für sich entscheidet, welche Parteienkoalition die Regierungsgeschäfte übernehmen wird: Es wird eine Landesregierung geben, die die Interessen des Kapitals vertritt. Es kommt daher darauf an, den unweigerlich kommenden neuen Angriffen auf uns, die Arbeiterklasse, die arbeitenden Menschen, entgegenzutreten. Deshalb ist es unbedingt nötig, eine breite kämpferische Front (die noch nicht existiert und deshalb nicht zur Wahl steht) aufzubauen. Eine Kraft die in Betrieben und Gewerkschaft, auf der Straße bei Demonstrationen die Menschen mobilisiert, um den Interessen des Kapitals die eigenen Interessen entgegenzustellen.

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

KPD Berlin:

Postfach 360 130
10971 Berlin

Impressum

Hrsg.: Zentralkomitee der KPD

V.i.S.d.P.: W.J. Herzog,

Postfach 900753, 60447 Frankfurt/M.

ISSN 0939-2947, D 9835

Redaktion:

c/o Verlag Roter Morgen,

PF 900753, 60447 FFM

Telefon: 0 152/0941 1160

e-Mail: info@kpd-online.info

ww.kpd-online.info